



Bekannt geworden ist er ohne Name, sondern nur als „Professor aus Heidelberg“. Als Prof. Dr. Dr. Paul Kirchhof 2005 ins Schattenkabinett von CDU-Kandidatin Angela Merkel berufen wurde, verspottete der damalige Bundeskanzler

Gerhard Schröder den Steuerrechtler und Finanzexperten bei jeder Gelegenheit. Aber Paul Kirchhof ist hartnäckig.

Nach neun Jahren Arbeit hat der Finanzexperte und ehemalige Bundesverfassungsrichter sein „Bundessteuergesetzbuch, ein Reformentwurf zur Erneuerung des Steuerrechts“ vorgelegt. Die Bundespolitik reagiert zurückhaltend.

Ist es ein steuergerechtes Konzept? Sorgt es für ein gleichbleibendes Steueraufkommen?

Diskutiert werden diese Fragen nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Land. Paul Kirchhof beantwortet sie: ruhig, sachlich, geduldig, immer wieder und überall. Denn der Steuerprofessor wirbt vor allem um Unterstützung bei den Steuerzahlern und fährt deshalb unermüdlich durchs Land.

Der Landesverband Thüringen des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft und die Kanzlei SPILKER & COLLEGEN Rechtsanwälte haben Kirchhof nach Erfurt eingeladen.

Im Kaisersaal sprach TOP mit dem 69-Jährigen über seine Steuererklärung, Schäuble und Schröder.



Herr Prof. Kirchhof, machen Sie Ihre Steuererklärung mit Wut im Bauch?

Ich habe dabei ein großes Unbehagen, weil ich weiß, dass niemand in Deutschland alle Steuernormen kennt, die er beachten müsste. Ich müsste eigentlich eine Fußnote schreiben und damit erklären, dass alles in Ordnung ist - aber unter dem Vorbehalt, dass alle für mich gültigen und einschlägigen Normen aufgefunden worden sind.

Sie kennen also selbst gar nicht alle Regelungen des deutschen Steuerrechts?

Es sind - so schätzt man - mehr als 30.000. Und die kann keiner wissen. Und wenn es jemand wüsste, dann wüsste ich einen guten Arzt für ihn. Das Recht leidet an der Übernormierung. Im Recht gilt das, was auch bei den Finanzen Gültigkeit hat: Wenn es zu viel wird, sinkt der Wert. Und deswegen müssen wir die Normenflut beenden und so organisieren, dass ehrbare Kaufleute und anständige Bürger wissen, was sie zu tun haben.

Genau so unüberschaubar sind die 534 Steuerprivilegien, die Sie ausgemacht haben. Gibt es ein besonders absurdes Beispiel?

Wir haben da in der jüngeren Geschichte einiges erlebt. Wir sollten in den Schiffsbau investieren. Das war zu nächst eine Förderung der deutschen

Küste und kam dann der Konkurrenz in Taiwan und Südkorea zugute. Wir finanzieren mit deutschem Steuergeld die Konkurrenz! Dann haben wir die Menschen gelockt, in die Filmindustrie zu investieren. Und jetzt ist es die Solarindustrie, nachdem es einmal die Denkmalschutzindustrie war. Per Gesetz wurde der Anreiz geschaffen, in Schrottimmobilien zu investieren.

Da haben junge Leute Eigentumswohnungen gekauft, die man nicht vermieten und darum auch nicht veräußern kann. Man hat ihnen versprochen, wenn sie 300.000 Euro einsetzen, gibt ihnen der Staat 260.000 Euro über die Steuer zurück. Diese Menschen haben aber nur 1.000 bis 2.000 Euro im Monat verdient!

Das kann einfach nicht funktionieren. Jetzt stehen sie vor der Asche ihrer Investition und vor der Realität ihrer Schulden. Und da muss ich sagen: Das geht nicht, dass der deutsche Gesetzgeber, also der Souverän für Demokratie, mit seinem Instrumentarium Menschen in die ökonomische Torheit verlockt.

Ihr Bundessteuergesetzbuch macht aus 33.000 Normen lediglich 146 Paragraphen. Das klingt nicht nach Steuerreform, sondern Steuerrevolution.

Wir kehren damit zu den guten Wurzeln des deutschen Steuerrechts zurück. Wir behalten die Einkommenssteuer, die Umsatzsteuer, die Erbschaftssteuer und die Verbrauchersteuern.

Also bestätigen wir im Grunde das historisch gewachsene Konzept, das den Menschen in Deutschland auch vertraut ist. Aber dieses Konzept und vor allem seine Einsichtigkeit sind mittlerweile so überwuchert, verfremdet und überlagert von Ausnahme-, Lenkungs- und Privilegienatbeständen, dass man es kaum noch erkennt. Und den Schrott räumen wir weg. Damit haben wir ein höheres Steueraufkommen, weil ja alle Ausnahmetatbestände entfallen. Und das geben wir in Gänze durch Absenkung der Steuersätze zurück.

Außerdem müssen wir die sieben Einkunftsarten abschaffen. Es macht doch keinen Unterschied in der Leistungsfähigkeit, ob ich den Euro verdient habe als Gewerbetreibender, als Landwirt, als Freiberufler oder als Arbeitnehmer. Euro ist gleich Euro. Und wenn die Leistungsfähigkeit gleich ist, müs-

bei einer Staatsverschuldung von mehr als 2 Billionen Euro keine Steuern senken können. Wir dürfen aber auch keinesfalls Steuererhöhungen organisieren in einer Zeit, in der wir nicht mehr Herr unseres Haushaltes sind und fremde Staaten in die deutsche Kasse greifen wollen. Mit mehr Geld entstehen Begehrlichkeiten. Das darf nicht sein.

Progression oder neues Grenzstufenmodell? Nehmen Sie auch diese Zuspitzung in der öffentlichen Debatte wahr?

Das ist eine richtig beobachtete Verkürzung der Debatte. Obwohl der Steuersatz erst ein Thema ganz am Ende ist. Ja, ich habe ein Stufenmodell. 10.000 Euro sind pro Person pro Jahr steuerfrei, bei Kindern 8.000 Euro. Wenn also Mann und Frau mit zwei Kindern 36.000 Euro verdienen, dann haben sie keine Steuern zu zahlen. So sozial war es noch

Das muss in die Köpfe. Wer das nicht beachtet, ist kein ehrbarer Kaufmann und kein anständiger Bürger. Möglich ist auch ein Fünftel für den Staat oder ein Drittel für den Staat, aber es muss eine einfache Formel sein. Wenn Sie gegenwärtig fragen, wie hoch Ihr Steuersatz ist und dann § 32 a lesen, dann steht da x und y und z und plus und minus und Klammer auf und Klammer zu. Eine Formel, die kein Mensch versteht. Deswegen geht Rechtsbewusstsein verloren. Deswegen ist Steuervermeidung zum Volkssport geworden. Wir müssen zurück zum Grundprinzip: Wenn ich in ein Friedensgebiet namens Deutschland meinen Betrieb stellen und wirtschaften kann, dann ist das nach 60 Jahren ohne Krieg eine schöne Selbstverständlichkeit, kostet aber Geld. Dann muss ich beitragen, dass dieses System funktioniert. Wenn ich deutsches Vertragsrecht nutzen



sen wir auch gleich besteuern. Wir müssen die Privilegien, vor allem die Senkungstatbestände, abschaffen. Und wir müssen den Riesenunterschied zwischen Einkommenssteuer und Körperschaftssteuer, also zwischen der Besteuerung der Personengesellschaften und Einzelunternehmer auf der einen Seite und der Kapitalgesellschaften auf der anderen abschaffen. Wenn diese Punkte gelungen sind, dann ist die Reform gelungen.

Wie steht es um die Neutralität des Steueraufkommens?

Die notwendige Folge dieser großen Reform ist Aufkommensneutralität. Der Staat soll nachher das gleiche Steueraufkommen wie vorher haben, weil wir

nie! Und dann beginnen die Steuersätze: 15, 20 oder 25 Prozent - und dann genügt es. Dann haben wir genau das Geld in der Kasse, was wir brauchen. Dann muss der Staat nicht mehr erheben. Aber der Steuersatz ist nicht das Wichtigste.

Aber warum nicht? Ist der Steuersatz nicht der Dreh- und Angelpunkt im Steuerrecht?

Die Steuersätze hängen von den Leistungen ab, die der Bürger vom Staat erwartet. Rückkehr zu Rechtsbewusstsein und Steuergerechtigkeit sind die wichtigsten Säulen meines Modells. Rechtsbewusstsein schaffe ich mit einer einfachen, einprägsamen Formel: ein Viertel für den Staat, drei Viertel für mich.

kann, meine Preise in Euro vereinbare, gut ausgebildete Arbeitskräfte einstelle und meine Kunden mit Kreditkarte oder übers Internet bezahlen, dann ist das eine Hochkultur des Erwerbs. Und die muss bezahlt werden. Das ist das Kernanliegen der Steuer.

Und wie wollen Sie Steuergerechtigkeit schaffen?

Bei Einkünften aus Kapitalvermögen beträgt die Abgeltungsteuer 25 Prozent, mag jemand 100.000 Euro verdienen, 1 Million oder 1 Milliarde - 25 Prozent sind die Obergrenze. Wenn er aber 100.000 Euro, 1 Million oder 1 Milliarde aus Arbeit verdient, zahlt er aber bis zu 45 Prozent Steuern. Hier 25 Prozent und dort 45 - das muss angeglichen werden.

Das ist evident gleichheitswidrig. Es könnte allenfalls umgekehrt sein, so dass der Arbeiter mehr entlastet wird.

Warum versteht eigentlich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble Ihr Modell nicht?

Ich glaube, er versteht es sehr gut. Aber er versteht sich im Moment als Krisenmanager in Europa und folgt dem Motto: Haltet mir alles andere fern. Dieses Management verlangt all seine Kraft, das verstehe ich auch. Der Finanzminister weiß auch, welches Juwel in einer Schublade der Universität Heidelberg ruht.

Dieses „Juwel aus Heidelberg“ soll auch für Unternehmer glänzen?

Ja, weil wir dem Unternehmer ersparen, immer nur über Steuern nachzudenken. Hat er eine gute Idee, dann fragt er seinen Steuerberater. Der runzelt die Stirn und sagt: „Du musst unbedingt an meiner Hand durch den Dschungel gehen. Dann werden wir irgendwann an eine Lichtung kommen, wo die Sonne scheint.“

Jetzt kommt der Befreiungsakt. Der Unternehmer muss nicht mehr über Steuern nachdenken. Er kann über sein Produkt, seinen Markt, seine Kunden, seine Lieferanten und seine Arbeitnehmer nachdenken.

Wenn eine fundamentale Vereinfachung kommt, wird die Wirtschaft belebt. Weil die Bürokratiekosten entfallen und der Kopf des Unternehmers frei wird. Dann steigen Umsätze, Bilanzen, Gewinn und die Gewinnsteuern.

Folgen jetzt neun Jahren Arbeit neun Jahre Lobbyismus?

Das glaube ich nicht. Aber ich muss trotzdem weiter hart arbeiten. Ich muss überall sprechen und die Köpfe der Menschen gewinnen. So ist das in einer Demokratie. Und nach der nächsten Bundestagswahl kommt der Durchbruch.

Würden Sie ein zweites Mal einem Ruf aus Berlin folgen?

Ich bin gerne Professor in und aus Heidelberg und möchte das auch gern bleiben. Ich habe ein so schönes Amt

mit so viel Freiheit, so vielen großen Aufgaben und mit so vielen Begegnungen mit geistig beunruhigten jungen Menschen, das möchte ich nicht missen.

Altkanzler Gerhard Schröder und Sie grüßen sich?

Natürlich. Wir sind uns in Heidelberg bei einem wissenschaftlichen Symposium begegnet, haben uns höflich begrüßt und danach äußerst lebhaft über Genforschung diskutiert.

Sie hegen keinen Groll mehr gegen Schröder?

Nein. Ich war damals allerdings schon etwas befremdet. Ich war 2005 mehr Beobachter als Betroffener. Ich habe die Unrichtigkeiten nicht als schmerzlich empfunden, weil in meinen Versammlungen der Funke immer übergesprungen ist. Meine Frau und meine Kinder dagegen waren schon beunruhigt.

Sind Sie mit Ihrem Bundessteuergesetzbuch kompromissfähig?

Natürlich ist eine Demokratie zu Kompromissen bereit. Aber ich würde schon darum kämpfen, dass die Grundstruktur nicht verdorben wird. Würde die Reform wieder mit einem Privileg anfangen, dann sagen die anderen: Wenn der darf, dann darf ich auch. Wir müssen die Idee der Gleichheit vor dem Gesetz wieder realisieren. Rechtsfragen sind normalerweise mit „ja“ oder „nein“ zu beantworten.

Beim Geld gibt es so viele Kompromisse, wie eine Summe in Euro teilbar ist. Und deswegen ist das Steuerrecht so anfällig. Mir wäre schon sehr daran gelegen, dass die Struktur klar ist. Aber wenn ich drei Kröten schlucken muss, damit das große Konzept gelingt, dann machen wir halt ein Konzept mit Kröten.

Auch das ist Demokratie?

Auch das ist Demokratie.

Herr Prof. Kirchhof, wir danken Ihnen für das Gespräch.